

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vom 9.-11. März 2016 findet in Aachen unter dem Titel „Die Grenzen der Demokratie“ eine Tagung der DVPW-Themengruppe „Politik und Recht“ statt. Im Zentrum steht die Frage, wie Demokratien auf Krisen reagieren, etwa im Rahmen von Ausnahmezustandsszenarien oder terroristischer Bedrohungen. Abstracts von bis zu 300 Wörtern senden Sie bitte bis zum 30. Juni 2015 an folgende E-Mail-Adressen: annette.foerster@ipw.rwth-aachen.de und lemkem@hsu-hh.de.

Call for Papers

Zur Tagung der DVPW-Themengruppe Politik und Recht vom 9.-11. März 2016
in Aachen

Die Grenzen der Demokratie

Demokratie und demokratische Herrschaft sind nicht nur territorialen Grenzen moderner Nationalstaatlichkeit unterworfen. Ihre politische Kultur, ihre Verfassung, internationale Verträge und andere historische wie soziale Entwicklungen setzen demokratischer Gestaltungsmacht Grenzen.

Diese Grenzen der Demokratie werden gegenwärtig in vielerlei Hinsicht sichtbar, weil sie zunehmend mit politischen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen der Gegenwart in Konflikt geraten: Durch die Globalisierung sind Krisen meist nicht mehr auf nationaler Ebene lösbar und staatliche Handlungsräume sind durch Kooperations- und Koordinationserfordernisse begrenzt. Bedrohungen, wie der internationale Terrorismus und die mit dem sogenannten „Kampf gegen den Terror“ einhergehenden Bedrohungen, führen in Form der Erosion zentraler Grund- und Freiheitsrechte zu demokratischen Grenzverschiebungen. Damit besteht dringender Anlass zu einer neuen Diskussion über die Grenzen der Demokratie.

Eine solche Diskussion muss den sensibelsten Bereich dieser Grenzverschiebungen fokussieren, nämlich die konkreten Veränderungen des Verlaufs der Grenzlinien, die sich Demokratien durch ihre politische Kultur, durch geltende Normen und Recht selbst gesetzt haben. Beobachtbar sind solche Veränderungen und ihre Ermöglichungen anhand des Verhaltens von Demokratien in Krisenszenarien. Führen Szenarien, wie terroristische Anschläge oder anderweitige Ausnahmezustände Demokratien an oder auch über ihre Grenzen? Erfordert die Bewältigung solcher Krisen undemokratisches Staatshandeln? Und wie können diese Entwicklungen und Herausforderungen theoretisch begleitet und gefasst werden, insbesondere, wenn es gilt, der Tendenz zur Exekutivexpansion eine alternative, angemessene und demokratischere Positionierung liberaler Demokratien im 21. Jahrhundert aufzuzeigen?

Die Tagung verfolgt das Ziel, die akademische Debatte über die Grenzen der Demokratie im Spannungsfeld von Politik und Recht zusammenzuführen, aufzuarbeiten und diese im 21. Jahrhundert neu zu verorten. Dieser Reflexionsprozess zerfällt in folgende zwei Teilfragestellungen:

1. In Bezug auf die Prävention terroristischer Anschläge haben sich verschiedene etablierte Demokratien über Grenzen des Rechts und international anerkannte Normen hinweggesetzt

oder diese verschoben. Damit stellen sie ihre eigenen Grundnormen in Frage: die Achtung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und die Abkehr von der Willkürherrschaft. Wie sind diese Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die politische Kultur liberaler Demokratien zu bewerten? Wie sind sie möglich geworden? Welche Normen, Konzepte und Praktiken markieren die Grenze der Demokratie und wann wird sie zur Nichtdemokratie? In welchem Verhältnis stehen in diesem Spannungsfeld Recht und Politik zueinander, Recht hier verstanden als Gestaltungsmittel und Begrenzung politischen Entscheidens?

2. Im Anschluss an diesen Fragekomplex ist die Debatte um eine Verstetigung von Ausnahmeregelungen zu führen, jene postdemokratische Entwicklung einer neuen „Technik des Regierens“, wie sie etwa Günther Frankenberg und Giorgio Agamben in den Diskurs eingebracht haben. Ist die Ausnahme zum Normalzustand geworden und was bedeutet dies für die demokratische Legitimation staatlichen Handelns? Können politische Akteure Krisen, die einen Notstand oder Ausnahmezustand darstellen, überhaupt im Rahmen des Rechts Herr werden, oder bedarf es eines Raumes jenseits des Rechts um Krisen zu bewältigen?

Ausgewählte Beiträge werden nach der Tagung und nach erneuter, externer Begutachtung in der Reihe „Kritische Studien der Demokratie“ beim VS Verlag veröffentlicht. Abstracts von bis zu 300 Wörtern Länge zu den skizzierten Problemstellungen und benachbarten Fragestellungen senden Sie bitte bis zum 30. Juni 2015 an die Organisatoren Annette Förster (annette.foerster@ipw.rwth-aachen.de) und Matthias Lemke (lemkem@hsu-hh.de).

Mit freundlichen Grüßen,

Matthias Lemke & Annette Förster